

Warum nicht: Kernkraft als umweltschonende Energiequelle?

Worum geht es?

In Deutschland wird der Bau neuer Kernkraftwerke wieder zugelassen. In Nordrhein-Westfalen wird ein neues Kernkraftwerk gebaut.

Was spricht dafür?

- Kernkraftwerke der neuesten Generation sind bei einem Sicherheitsniveau, das höchsten nationalen und internationalen Anforderungen entspricht, noch ressourcenschonender und wirtschaftlicher betreibbar als die derzeitigen Anlagen
- Sie sind über den gesamten Lebenszyklus im Betrieb quasi CO₂-frei und liefern den preislich günstigsten Strom in der Grundlast
- Die Uranversorgung ist langfristig gesichert, die Lieferländer weisen stabile politische Strukturen auf, die Uran-Preise sind wenig volatil, die spezifischen Brennstoffkosten je erzeugter Kilowattstunde betragen nur wenige Prozent
- Noch hat Deutschland die Technologiekompetenz bei Herstellern, Zulieferern, Betreibern, Behörden und Gutachtern sowie im Forschungsumfeld; die Aufhebung des Neubauverbots würde einen Innovationsschub in all diesen Bereichen (speziell auch in der Frage der Endlagerung) bringen.

Was spricht dagegen?

- Der verhandelte „Atom-Konsens“ mit Ausstieg müsste neu verhandelt werden
- Hohe Investitionskosten erfordern Amortisationszeiten von etwa zwei Jahrzehnten und damit langfristige Planungssicherheit für Investoren
- Politische Veränderungen im Takt

der Legislaturperioden auf Bundes- und Länderebene gefährden diese Planungssicherheit. Die öffentliche Akzeptanz in Deutschland ist veränderlich und derzeit jedenfalls nicht stabil pro Kernenergie

- Komplexe und langwierige Genehmigungsverfahren sowie ausge dehnte rechtliche Interventionsmöglichkeiten durch Dritte gefährden im Status quo den Genehmigungsprozess eines Neubaus
- Die Endlagerfrage ist derzeit in Deutschland nicht zufriedenstellend gelöst

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Frankreich, wo Kernenergie nie infrage stand
- Finnland hat mit der Neubauscheidung zu Olkiluoto 3 den oben skizzierten ganzheitlichen Weg beschritten. Es herrscht ein stabiles Umfeld pro Kernenergie, und die Endlagerfrage ist gelöst
- Großbritannien ist auf dem Weg, für Investoren ein politisches und regulatorisches Umfeld mit hoher Planungssicherheit zu etablieren
- Auch die Schweiz und Schweden bereiten sich auf den politischen, rechtlichen und öffentlichen Prozess zur Ermöglichung von Neubauten vor

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Im Vorfeld müsste die Endlagerfrage überzeugend gelöst sein. Standorte, deren wissenschaftlich nachgewiesene Eignung, Genehmigungsfähigkeit und Umfeldakzeptanz nachgewiesen sind, müssten vorhanden sein
- Auf legislativer/regulatorischer Ebene: deutliche Straffung, Verein fache und Zentralisierung von

Genehmigungsverfahren, damit frühe Rechtssicherheit für einen Reaktortyp und mögliche Standorte quasi zu Baubeginn gegeben wären

- Auf politischer Ebene: Eine objektive, ideologiebereinigte Diskussion zu Vor- und Nachteilen von Stromerzeugungsformen unter Einschluss der Kernenergie müsste mittelfristig einen dauerhaften Akzeptanzschub pro Kernenergie erzielen. Eine parlamentarische Entscheidung für einen Neubau wie in Finnland wäre ein stabiles und nachhaltiges politisches Votum und Einstiegssignal
- Gerade weil/obwohl „Kohleland“: Förderung einer ideologiebereinigten Diskussion zur nutzenentfaltenden Rolle der Kernenergie im Mix als Beitrag zur Akzeptanzsteigerung
- Förderung des Lehrangebots für Nachwuchs in der Kerntechnik im universitären Umfeld. Junior-Professuren und Promotionsprogramme sowie weitere Angebote für Naturwissenschaftler sollten gemeinsam mit der Wirtschaft aufgebaut werden. Beitrag eines Energieversorgers als Beispiel: drei Kerntechnik-Professuren an der RWTH Aachen
- Förderung von Kernenergieunternehmen in der Forschung, insbesondere im Forschungszentrum Jülich; Unterstützung eines internationalen Engagements der Forscher, insbesondere auf EU-Ebene